

Bei Software für Doppik geht Reiskirchen eigenen Weg

Mehrheitsbeschluss im Haupt- und Finanzausschuss – Keine Zusammenarbeit mit KIV – In der Verwaltung soll neue halbe Stelle geschaffen werden

REISKIRCHEN (fk). Folgt die Gemeindevertretung dem Mehrheitsbeschluss des Haupt- und Finanzausschusses, so spricht sich die Gemeinde Reiskirchen für eine autonome Lösung bezüglich der Einführung der Doppik aus. Sechs Ausschussmitglieder (SPD, FW und Grüne) fassten einen entsprechenden Beschluss über die Finanzsoftware zur Einführung des neuen kommunalen Haushalts- und Steuerungssystems. Zwei CDU-Ausschussmitglieder stimmten dagegen, es gab eine Enthaltung (CDU).

Bürgermeister Holger Seht verwies auf Datenschutz, bessere Flexibilität, weniger Verzug bei Neuberechnungen sowie eine Stärkung der Motivation der Mitarbeiter. Ebenso sei die autonome Lösung finanziell günstiger. Seht hob die Tatsache hervor, dass die Gemeinde lediglich eine

halbe Stelle zusätzlich für die Umstellung benötige, während viele andere Gemeinden dafür eine volle Stelle in Anspruch nähmen.

Karl-Wilhelm Langsdorf (CDU) bezweifelte diese Darstellung. Spätestens zum Haushaltsjahr 2007 werde man feststellen, dass auch eine volle Stelle erforderlich sei. Die CDU-Fraktion sei nicht bereit, beim Personal aufzustocken, wenn es auch andere Möglichkeiten gebe. Reinhard Strack-Schmalor (SPD) hielt den Vorwurf für unangebracht. Vielmehr gebühre der Verwaltung großer Respekt, wenn sie eine autonome Lösung empfehle, gemeinsam mit mehreren Gemeinden in der Umgebung.

Georg Dettloff von der Gemeindeverwaltung informierte über die bisher geleistete Arbeit und warb vor allem für eine

autonome Lösung. Auch der Leiter der Finanzabteilung, Ralf Hofmann, sprach sich dafür aus und stellte dabei die Bemühungen der Verwaltung heraus. Sicherlich hätte man es sich mit der Vergabe an die Kommunale Informationsverarbeitung (KIV) wesentlich leichter machen können. Zudem seien beim KIV die Kosten von 29.000 auf 40.000 Euro gestiegen.

Scherer lobt Verwaltung

Karl-Heinz Scherer (FW) lobte die Arbeit der Verwaltung, deren Aussagen er vertraue. Bürgermeister Seht erinnerte an den Personalabbau in der Vergangenheit. Strack-Schmalor bat um eine Schulung auch der Parlamentarier, um über den Unterschied des Systems zu informieren.

Beschlossen wurde, den Auftrag an die Firma Data-Plan Computer Consulting in Stuttgart gemäß dem Angebot für die Software „Finanz+“ mit Einmalkosten in Höhe von rund 56.000 Euro zu vergeben. Die Verwaltung wird beauftragt, das Benutzungsverhältnis mit KIV zum gegebenen Zeitpunkt zu kündigen. Um Wartung und Pflege des neuen Finanzsoftwareprogramms kümmert sich das Personal der Gemeinde. Durch die erforderlichen Personalumstrukturierungen soll ab 2007 eine Stelle mit 20 Wochenstunden geschaffen werden. Die Finanzabteilung wird beauftragt, die Umsetzung federführend zu veranlassen und einen Projektplan zu erarbeiten.

Die Gemeinde rechnet damit, dass sich die Schulungskosten, die mit rund 13.600 Euro angegeben wurden, durch die ge-

meinsame Schulung mit Allendorf/Lumda voraussichtlich um die Hälfte verringern. Für den Erwerb der erforderlichen Software-Lizenzen sind im Etat 2006 18.000 Euro enthalten. Weitere 10.700 Euro sind im Nachtragsetat zu veranschlagen. Ebenfalls im Nachtrag einzustellen sind die Kosten in Höhe von 13.700 Euro für die Dienstleistungen bei Installation und Konvertierung.

Bezüglich der Prüfung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2004 empfahl der Ausschuss einhellig der Gemeindevertretung die Entlastung des Gemeindevorstandes. Allerdings wird sich das Parlament bei der Beratung des Etats 2007 auch mit der im Bericht angesprochenen Verbesserung des Deckungsgrades der Einrichtungen sowie der Benutzungsgebühren auseinander setzen müssen.